

mit Schwerpunkt **M&A Report**

Vorschläge verschiedener Parteien zur Reform des deutschen Steuerrechts auf dem Prüfstand

Obwohl die letzte große Reform des deutschen Steuerrechts nur wenige Jahre zurück liegt, bleibt das deutsche Unternehmenssteuersystem reformbedürftig. Eine Studie, die das ZEW im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen durchgeführt hat, untersucht die steuerpolitischen Reformvorschläge verschiedener deutscher Parteien.

Mit Ausnahme einzelner Korrekturen bei den Gegenfinanzierungsmaßnahmen der Unternehmenssteuerreform 2008 wur-

mensbesteuerung sind insbesondere hervorzuheben die Anhebung des Körperschaftsteuersatzes auf 25 Prozent (Die

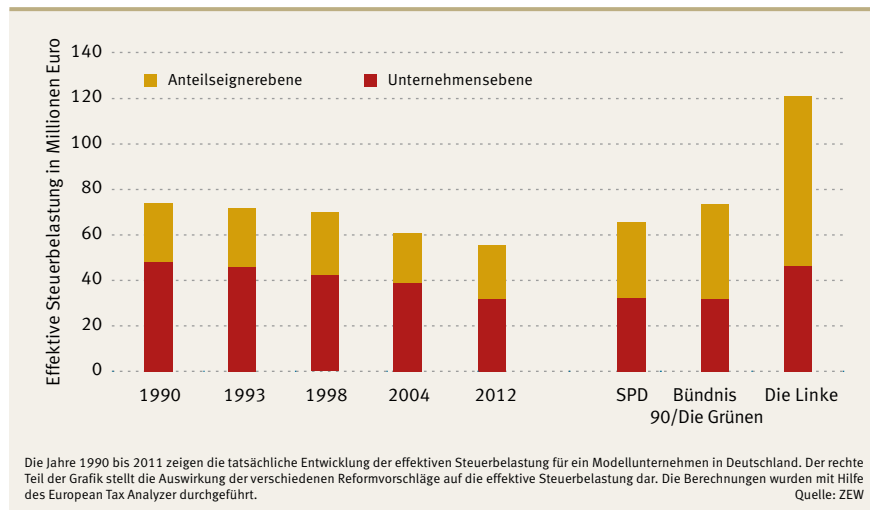
Rückkehr zur progressiven Besteuerung von Kapitaleinkommen (Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke). Darüber hinaus wird die Einführung einer privaten Vermögensabgabe (Die Linke) befürwortet.

Auswirkungen der Reformvorschläge

Das ZEW hat die Auswirkungen der steuerpolitischen Reformvorschläge auf die effektive Steuerbelastung von Unternehmen und ihren Anteilseignern für ein Modellunternehmen quantifiziert und analysiert. Hierzu wird der European Tax Analyzer genutzt, ein Simulationsprogramm, mit dessen Hilfe die Steuer- und Abgabenbelastung von Personen- und Kapitalgesellschaften in verschiedenen Ländern berechnet und verglichen werden kann.

Die Berechnungen zeigen, dass die Reformvorschläge von Die Linke bei alleiniger Betrachtung der Unternehmensebene einen erheblichen Anstieg der Steuerbelastung einer Kapitalgesellschaft um nahezu 47 Prozent im Vergleich zum Rechtsstand 2012 bewirken. Dies ist im Wesent-

Effektive Steuerbelastung und Wirkung der steuerpolitischen Reformüberlegungen



den von der Bundesregierung bislang keine nennenswerten steuerpolitischen Reformprojekte im Bereich der Unternehmensbesteuerung auf den Weg gebracht. Die derzeit vorliegenden Reformvorhaben beschränken sich auf die Anpassung des Einkommensteuertarifs zum Abbau der kalten Progression. Von Seiten der Oppositionsparteien liegen dagegen weitreichende steuerpolitische Reformvorschläge vor. Sie sehen durchweg Tarifierhöhungen und eine Ausweitung der Substanzbesteuerung vor. Im Bereich der Unterneh-

Linke), die Ausweitung der gewerbsteuerlichen Hinzurechnung von Finanzierungsentgelten (insbesondere Die Linke) sowie die Wiederbelebung der Vermögenssteuer für juristische Personen (SPD). Im Rahmen der Besteuerung natürlicher Personen sind vor allem von Bedeutung die Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer auf 49 Prozent (Bündnis 90/Die Grünen und SPD) beziehungsweise auf 53 Prozent (Die Linke) sowie die Anhebung des Satzes der Abgeltungssteuer auf 32 Prozent (SPD) und die

IN DIESER AUSGABE

Vorschläge verschiedener Parteien zur Reform des deutschen Steuerrechts auf dem Prüfstand.	1
Experiment zur Geduld von Kindern und Müttern	2
Management des Emissionshandels verursacht hohe Kosten – vor allem Kleinemittenten belastet	3
Nachgefragt: Wie zielführend ist der EU-Fiskalpakt	4
Tarifpluralität erhalten – Auswüchse begrenzen	5
SEEK Konferenz	7
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

lichen auf die vorgesehene Anhebung des Körperschaftsteuersatzes von 15 auf 25 Prozent zurückzuführen.

Wird die Anteilseignerbesteuerung mitberücksichtigt, bewirkt das Reformprogramm der Partei Die Linke sogar einen Anstieg der Gesamtsteuerbelastung um knapp 120 Prozent. Mit den Reformvorschlägen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gehen ebenfalls deutliche Mehrbelastungen im Umfang von rund 19 Prozent beziehungsweise 32 Prozent einher (Gesamtebene). Ursächlich hierfür sind in erster Linie die Wiederbelebung der Besteuerung des Vermögens natürlicher Personen sowie die Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer auf 49 Prozent (SPD und Bündnis 90/Die Grünen) beziehungsweise 53 Prozent (Die Linke) und die Anhebung des Abgeltungssteuersatzes auf 32 Prozent (SPD).

Die Abbildung auf der ersten Seite macht deutlich, dass die Reformprogramme der Oppositionsparteien den deutlichen Rückgang der effektiven Steuerbelastung in Folge der Steuerreformen der vergangenen zwei Jahrzehnte zum Teil sogar vollständig kompensieren.

Deutschlands Standortattraktivität würde deutlich abnehmen

Der Vergleich mit anderen EU-Mitgliedstaaten zeigt schließlich, dass die Umsetzung der untersuchten steuerpolitischen Reformvorschläge die steuerliche Standortattraktivität Deutschlands und die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen erheblich verschlechtern würden. Das im Rahmen der Studie erstellte Länderranking macht dies besonders deutlich. Während Deutschland mit dem Rechtsstand des

Jahres 2012 Rang 21 (Unternehmensebene) beziehungsweise Rang 20 (Gesamtebene) im Ranking der EU 27-Länder (Rechtsstand 2010) einnimmt, ist mit den Reformvorschlägen von Die Linke der vorletzte (Unternehmensebene) beziehungsweise der letzte Platz (Gesamtebene) verbunden. Die Reformvorschläge von Bündnis 90/Die Grünen sowie die Vorschläge der SPD bewirken bei Betrachtung der Gesamtebene ebenfalls eine deutliche Verschlechterung der Position Deutschlands um sechs Plätze auf Rang 26.

Die Studie „Unternehmensbesteuerung in Deutschland – eine kritische Bewertung und Handlungsempfehlungen für die aktuelle Steuerpolitik“ kann auf der Homepage der Stiftung Familienunternehmen heruntergeladen werden unter: www.familienunternehmen.de

Lisa Evers, evers@zew.de

Experiment zur Geduld von Kindern und Müttern

Eigene Handlungen kontrollieren zu können, ist eine wichtige Voraussetzung für den späteren Schul- und Arbeitsmarkterfolg. Eine aktuelle Studie untersucht im Experiment die Ausprägung der Handlungskontrolle von 213 Vorschulkindern und deren Müttern.

Die ZEW-Studie (Discussion Paper Nr. 12-001) wertet ein Experiment aus, das in Kooperation mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), dem IEW Zürich und dem ZEW im Jahr 2008 durchgeführt wurde. Es zielte darauf ab, die Geduld von 213 Kindern im Alter von fünf und sechs Jahren zu untersuchen und festzustellen, ob ein Zusammenhang besteht zwischen der Geduld der Mutter und des Kindes. Die Determinanten von Zeitpräferenzen von Kleinkindern und ihren Müttern sind wenig erforscht. Vor diesem Hintergrund möchte die Studie helfen, eine Forschungslücke zu schließen.

Im Experiment konnten sich die Kinder entscheiden, ob sie eine Belohnung in Form einer Tüte Gummibärchen sofort erhalten oder ob sie sich für eine größere Belohnung, nämlich zwei Tüten Gummibärchen zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden. Die Mütter wurden vor die Wahl

gestellt, einen bestimmten Geldbetrag sofort ausbezahlt zu bekommen oder einen höheren Geldbetrag zu einem späteren Zeitpunkt zu erhalten. Während die Kinder im Schnitt 47 Minuten auf die größere Belohnung warten mussten (so lange bis die Mutter befragt worden war), betrug die Wartezeit der Mütter auf den höheren Geldbetrag mehrere Monate.

Bedeutung für den Erfolg in Schule und Berufsleben

Die Fähigkeit zum Aufschub von Belohnungen gilt als Vorstufe für die Ausbildung der Handlungskontrolle, die wiederum eine wichtige Grundlage für Investitionsentscheidungen ist, die den Schul- und Arbeitsmarkterfolg und die Integration in die Gesellschaft befördern. Aus ökonomischer Sicht haben Zeitpräferenzen eine herausgehobene Bedeutung für

alle Investitions- und Sparentscheidungen, insbesondere auch für die Investitionen in Bildung und das Humankapital. So ist beispielsweise die Frage von Bedeutung, ob und in welcher Entwicklungsphase man die Ausdauer und Geduld von Kindern und damit ihr Leistungsvermögen verbessern kann. Im Kontext dieser Diskussion wird in der Forschung vermehrt das Verhalten im Vorschulalter untersucht, da grundlegende kognitive und nicht-kognitive Fähigkeiten im Vorschulalter den Schulerfolg prognostizieren.

Das Experiment zeigt, dass die Geduld von Kindern bereits im Vorschulalter eine signifikante Varianz aufweist. Während 78 Prozent der Kinder in der verwendeten Stichprobe auf die (größere) Belohnung warten konnten, also Geduld aufbrachten, wollten 22 Prozent der Kinder die (kleinere) Belohnung ohne zeitlichen Verzug erhalten. Die Ergebnisse zeigen ferner, dass die Geduld von Mutter und Kind signifikant zusammenhängen. Eine geduldigere Mutter trägt dazu bei, dass ihr Kind bereits im Vorschulalter ebenfalls geduldiger wird.

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de

Management des Emissionshandels verursacht hohe Kosten – vor allem Kleinemittenten belastet

Rund 800 Unternehmen in Deutschland nehmen am EU-Emissionshandel teil. Sie geben jedes Jahr über 8,7 Millionen Euro für das Management des Emissionshandels aus. Besonders hoch sind die Kosten für Kleinemittenten, die weniger als 25.000 Tonnen CO₂ im Jahr ausstoßen.

Eine aktuelle Studie des ZEW (Discussion Paper Nr. 12-021) untersucht die Transaktionskosten deutscher Unternehmen im EU-Emissionshandel. Im EU-Emissionshandel werden seit dem Jahr 2005 Treibhausgasemissionen von Industriebetrieben und von Energieerzeugern reguliert. Ziel ist es, dass der Treibhausgasausstoß in der EU bis zum Jahr 2020 um 21 Prozent im Vergleich zum Niveau des Jahres 2005 sinkt. Die ZEW-Studie zeigt, dass die durchschnittliche Kostenbelastung der am Emissionshandel teilnehmenden Unternehmen in Deutschland allein für administrative Tätigkeiten im Schnitt bei mehr als 10.000 Euro pro Unternehmen liegt.

Hohe Kostenbelastung

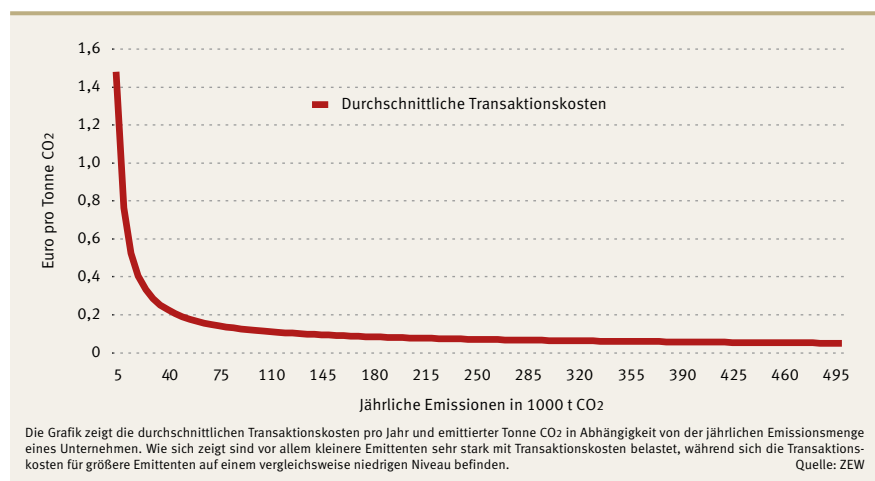
Transaktionskosten belasten dabei vor allem Unternehmen mit relativ geringem Treibhausgasausstoß. Sie müssen im Vergleich zu größeren Emittenten bis zu zehnmal mehr für administrative Kosten pro emittierte Tonne CO₂ aufbringen. Bei Emittenten mit weniger als 25.000 Tonnen Emissionen pro Jahr – das ist etwa die Hälfte der regulierten Betriebe – fallen Transaktionskosten zwischen 0,33 Euro und 1,48 Euro pro emittierte Tonne CO₂ an. Mit steigender Emissionsmenge verringern sich die durchschnittlich anfallenden Transaktionskosten deutlich. So sinken sie beispielsweise für Unternehmen, die mehr als 100.000 Tonnen CO₂ emittieren – das sind rund ein Viertel der regulierten Betriebe – unter 0,10 Euro pro Tonne CO₂. Dieses Ergebnis macht deutlich, dass im Management des Emissionshandels klare Größenvorteile bestehen. Größere Emittenten können erheblich effizienter mit dem Instrument verfahren als Unternehmen mit geringen Emissionen.

Derzeit erhalten knapp drei Viertel der regulierten Unternehmen eine ausreichende kostenfreie Zuteilung an Emissionszertifikaten, sodass den meisten Unternehmen kaum Kosten durch den Kauf von Emissionsrechten entstehen. Ab dem Jahr 2013 wird sich dies jedoch ändern. Es wird geschätzt, dass dann nur noch gut

tionsbeschaffung (11 Prozent) entfällt, dürfte ab dem Jahr 2013 der administrative Aufwand für den Handel mit Emissionsrechten schrittweise ansteigen.

Neben dem Problem der ungleichen Kostenbelastung der Einzelunternehmen durch die Administration des Emissionshandels ist aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ein anderer Effekt von großer Bedeutung. Da die Höhe der anfallenden Transaktionskosten von der Emissionsmenge der Unternehmen abhängt, ist der finanzielle Anreiz zur CO₂-Einsparung unterschiedlich stark gegeben. In der Praxis

Transaktionskosten des EU-Emissionshandels



ein Drittel der Unternehmen eine ausreichende kostenlose Zuteilung erhalten wird, darunter vor allem Unternehmen mit starker internationaler Konkurrenz. Als Folge dürften die Transaktionskosten weiter steigen, da viele Unternehmen zusätzliche Emissionsrechte erwerben müssen.

Steigender administrativer Aufwand

Während gegenwärtig der größte Teil der Transaktionskosten durch die Ermittlung und Verifizierung der jährlichen Emissionsmengen entstehen (69 Prozent) und nur ein vergleichsweise geringer Anteil auf den Handel mit Emissionsrechten (20 Prozent) und allgemeine Informa-

tionen kleinerer Emittenten stärkeren Anreize zur CO₂-Einsparung als größere. Dieser ungewollte Effekt hat zwar keinen Einfluss auf die ökologische Wirksamkeit des Emissionshandels, er mindert jedoch seine ökonomische Effizienz indem er die Größeren weniger zur Emissionsreduktion anspricht als die Kleinen.

Die Politik hat dieses Problem erkannt. Die Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) hat bereits Vorschläge erarbeitet, die es Kleinemittenten erlauben würden, nicht mehr am Emissionshandel teilnehmen zu müssen. Die strengen Vorgaben der EU setzen diesem Vorhaben jedoch enge Grenzen.

Peter Heindl, heindl@zew.de

Nachgefragt: Wie zielführend ist der EU-Fiskalpakt

Signalwirkung im Kampf gegen die Verschuldung

Die EU-Regierungschefs haben sich auf einen europäischen Fiskalpakt geeinigt. Er soll helfen, die überbordende Staatsverschuldung vieler Länder im Euroraum einzudämmen. Inwiefern der Pakt tatsächlich zum Sparen anhält, erläutert Friedrich Heinemann, Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft am ZEW.

Kann der Fiskalpakt die europäische Schuldenkrise lösen?

Nein, die Schuldenkrise kann nur durch eine Vielzahl von Maßnahmen in einem langwierigen Prozess zunächst eingedämmt und vielleicht in einem Jahr-

terer Beitrag für neue fiskalische Rahmenbedingungen. Nicht zuletzt die Kapitalmärkte werden nach dem Präzedenzfall der Beteiligung privater Gläubiger ja einen erheblichen dauerhaften Disziplinierungsdruck ausüben. Wenn eine EU-Re-

PD Dr. Friedrich Heinemann ist Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft am ZEW. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der empirischen Finanzwissenschaften. Darüber hinaus untersucht er Fragestellungen des Fiskalwettbewerbs und Föderalismus in Europa. Im Jahr 2010 wurde er an der Universität Heidelberg habilitiert und lehrt dort Volkswirtschaftslehre. Neben seinem Engagement in verschiedenen wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaften ist Heinemann unter anderem Vorstandsmitglied des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. und Mitglied im Wissenschaftlichen Direktorium des Instituts für Europäische Politik, Berlin.



Foto: ZEW

zehnt wirklich gelöst werden. Immerhin ist der Fiskalpakt mit seinen Vorgaben für recht harte nationale Verschuldungsgrenzen aber ein wichtiger Teilbeitrag in einem umfassenden Lösungskonzept. Er hat dabei vor allem eine Signalfunktion: Er signalisiert den Kapitalmärkten, dass Europa nun einen echten Neuanfang im Kampf gegen das Schuldenmachen versucht.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt sollte bereits die Haushaltsdisziplin in der EU gewährleisten. Die Schuldenkrise zeigt, dass dies nicht gelungen ist. Warum kann der neue Fiskalpakt die Länder diesmal zum Sparen verpflichten?

Der Glaube, der Fiskalpakt alleine könne das Schuldenmachen beenden, ist naiv. Der Pakt hat Schwächen wie etwa die nach wie vor zu geringen Sanktionen bei Vertragsbruch. Gleichwohl ist er ein wei-

gerung ein enttäuschendes Budget vorlegt, wird sie nun immer spätestens bei der nächsten Anleiheemission durch steigende Zinsen bestraft. Der Fiskalpakt kommt nun noch dazu. In der Summe können all diese Veränderungen für mehr Disziplin sorgen.

In Deutschland besteht weitgehend Konsens, dass gespart werden muss. Kann man aber einen Fiskalpakt – noch dazu mit einer Schuldenbremse nach deutschem Vorbild – Staaten überstülpen, auch wenn es dort einen solchen Konsens vielleicht nicht gibt?

Zu dieser Frage haben wir am ZEW empirische Analysen durchgeführt. In der Vergangenheit zeigt sich tatsächlich, dass insbesondere Länder Schuldengrenzen eingeführt haben, in denen ein hoher Stabilitätskonsens, gemessen an verschie-

denen Indikatoren, bestanden hat. Vor diesem Hintergrund wird ein gewisses Misstrauen bestehen, ob von außen aufgezogene Spielregeln tatsächlich ähnlich wirksam sind wie Spielregeln, denen sich ein Land aus freien Stücken unterworfen hat. Aber auch hier bieten unsere Resultate durchaus Grund zu vorsichtiger Zuversicht. Gerade in Ländern mit einem traditionell geringeren Stabilitätskonsens können Fiskalregeln die politischen Gleichgewichte verändern und auf Konsolidierung hinwirken.

Welche Erfahrungen gibt es mit Blick auf einen Fiskalpakt wie ihn die EU nun einführen möchte?

Der Fiskalpakt schreibt vor, dass alle Unterzeichner-Staaten nun nationale Schuldenbremsen einführen, die maximal nur noch ein strukturelles Defizit von 0,5 Prozent des BIP zulassen. Die Erfahrung lehrt, dass die Politik bei solchen Regeln immer wieder sehr kreativ in Sachen Bilanzkosmetik ist. Hier wird es darauf ankommen, für Transparenz zu sorgen, um solche Buchungstricks schnell identifizieren zu können. Von Bedeutung wird aber sein, dass Europa die neuen Anreize für verantwortliche Budgetpolitik nicht durch eine Ausweitung von Garantien untergräbt. Aus dem deutschen Föderalsystem wissen wir, wie verheerend die Anreize umfassender Beistandsgarantien sind. Garantiekonstruktionen mit gesamtschuldnerischer Haftung („Eurobonds“) müssen daher weiterhin ausgeschlossen bleiben.

Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de
PD Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 12-023, Bernd Fitzenberger, Marina Furdas: Benchmarking Regions: Estimating the Counterfactual Distribution of Labor Market Outcomes.

Nr. 12-022, Matthias Hunold, Lars-Hendrik Röller, Konrad Stahl: Backwards Integration and Strategic Delegation.

Tarifpluralität erhalten – Auswüchse begrenzen

Der Streik der Vorfeldleute auf dem Frankfurter Flughafen hat die Debatte um die Tarifeinheit neu entfacht. Tatsächlich verliert das etablierte Modell der Einheitsgewerkschaften, die die Löhne auf Branchenebene festlegen, in Deutschland an Einfluss. Zugleich wächst durch das Erstarren von Berufsgewerkschaften der tarifpolitische Wettbewerb.

Angesichts dieser Entwicklung mehren sich die Stimmen, die fortschreitende Zersplitterung der Tariflandschaft mittels ge-

hat die höchste deutsche Arbeitsgerichtsbarkeit diese Norm aber endlich verworfen. Die aktuelle Rechtsauffassung ist,

schiedliche Berufsgruppen anwendbar sein können, mit den Interessen der Rechtssicherheit und des Betriebsfriedens vereinbar ist. In der Praxis führt dies vermehrt zu einer Tarifeinheit innerhalb von Berufsgruppen statt in Betrieben. Diese Form der Tarifeinheit zeigt sich vor allem dort, wo kleine, spezialisierte Gewerkschaften, obwohl sie nur eine Minderheit der Belegschaften repräsentieren, sozial mächtig genug sind, um von den Arbeitsrichtern Tariffähigkeit bescheinigt zu bekommen.

Spezialisierte Interessenvertretung

Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist tarifpolitischer Wettbewerb nicht grundsätzlich bedenklich. Die Ausdifferenzierung gewerkschaftlicher Organisationsformen passt zum Trend der Individualisierung in der Gesellschaft. Spezialisierte, homogene Interessenvertretungen können ihre Leistungen besser auf die Bedürfnisse ihrer Mitglieder zuschneiden als die Einheitsgewerkschaften, die die Interessen sehr unterschiedlicher Gruppen bündeln müssen. In einer durch zunehmende Arbeitsteilung und Flexibilitätsanforderungen geprägten Wirtschaft liegt eine gewisse Tarifpluralität aber auch im Interesse der Arbeitgeber. Tarifwettbewerb kann niedrigere Tarifergebnisse herbeiführen.



Foto: Digitalstock

Der jüngste Streik am Frankfurter Flughafen hat angesichts des hohen wirtschaftlichen Schadens die Debatte um die Tarifeinheit neu entfacht.

setzlicher Regelungen zu beenden. Jedoch ist der neue Tarifwettbewerb grundgesetzlich geschützt. Das Prinzip der Tarifautonomie umfasst nicht nur die positive Koalitionsfreiheit, also das Recht von Arbeitnehmern, sich für kollektive Tarifverhandlungen zusammenzuschließen. Vielmehr schützt die negative Koalitionsfreiheit auch die abweichenden Minderheiten. Jeder hat das Recht, keiner Gewerkschaft oder einer anderen Gewerkschaft als der Einheitsgewerkschaft anzugehören und entsprechend, je nach Verhandlungsmacht, andere Tarifbedingungen zu akzeptieren.

Tarifeinheit über Berufsgruppen hinweg

Lange wurde dieser weitreichende Minderheitenschutz durch die richterrechtliche Norm der Tarifeinheit im Betrieb – nach dem Motto „ein Betrieb – ein Tarifvertrag“ – unterhöhlt. Im Jahr 2010

dass Tarifpluralität in dem Sinn, dass in einem Betrieb mehrere, auch einander widersprechende Tarifverträge für unter-

ZEW WIRTSCHAFTSANALYSEN

Christian Rammer, Oliver Som, Steffen Kinkel, Christian Köhler, Torben Schubert, Franz Schwiebacher, Eva Kirner, Agnes Pesau, Martin Murmann

Innovationen ohne Forschung

Innovationen – neue Produkte und neue Prozesse – werden meist als das Ergebnis von systematischer Forschung und Entwicklung (FuE) betrachtet. Gleichwohl betreibt über die Hälfte der innovativen Unternehmen in Deutschland keine eigene FuE. Das Buch untersucht, mit welchen Strategien diese Unternehmen erfolgreich Neuerungen einführen, welche Arten von Innovationen sie hervorbringen, welche Rolle der Zukauf von FuE, Technologien und anderem externen Wissen für den Innovationserfolg spielt und welche Unterstützung Innovatoren ohne eigene FuE von der Politik erhalten. Darüber hinaus wird die Situation der Innovatoren ohne eigene FuE in Deutschland mit der Situation dieser Art von Unternehmen in anderen Ländern verglichen.

ZEW Wirtschaftsanalysen Band 101, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2012, ISBN 978-3-8329-7376-6

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE



Spartengewerkschaften haben im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, beispielsweise im Gesundheitssektor, eine starke Verhandlungsposition.

Eine völlige Zersplitterung der Tariflandschaft ist im Übrigen nicht zu befürchten. Den möglichen Vorteilen stehen nämlich wachsende Verhandlungs- und Koordinationskosten gegenüber, wenn die Zahl der konkurrierenden Tarifverträge steigt. Klei-

nere Arbeitnehmervertretungen erreichen in der Regel weniger die Durchschlagskraft gegenüber den Arbeitgebern, was größeren gewerkschaftlichen Organisationen im Wettbewerb um Mitglieder normalerweise einen systematischen Vorteil verschafft.

TERMINE

Auftaktveranstaltung Wissenschaftsökonomie

Am 31. Mai und 1. Juni 2012 findet am ZEW die Auftaktveranstaltung Wissenschaftsökonomie statt. Sie wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Ziel der gemeinsamen Veranstaltung des Projektträgers im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (PT-DLR) und des ZEW ist es, aktuelle Themen der Wissenschaftsökonomie zu diskutieren und erstmals die vom BMBF im Rahmen der Förderlinie „Wissenschaftsökonomie“ geförderten Projekte einem Fachpublikum vorzustellen. Prof. Paula Stephan, Ph.D. von der Georgia State University wird den Eröffnungsvortrag halten.

Weitere Informationen sowie die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie unter: www.zew.de/wissenschaftsoekonomie2012.

Mannheimer Unternehmenssteuertag 2012

Die Universität Mannheim und das ZEW organisieren in diesem Jahr bereits zum sechsten Mal den „Mannheimer Unternehmenssteuertag“. Am 21. Juni 2012 werden namhafte Referenten aus Wissenschaft, Praxis und Verwaltung aktuelle Entwicklungen der nationalen und internationalen Unternehmensbesteuerung beleuchten. Thematisch stehen in diesem Jahr Steuergestaltungsfragen bei international tätigen Konzernen im Mittelpunkt. Diese ergeben sich insbesondere aus den aktuellen Rechtsentwicklungen in Deutschland sowie auf Ebene der OECD und der EU.

Nähere Informationen und Möglichkeiten zur Anmeldung finden sich unter: www.unternehmenssteuertag.de

Anders verhält es sich jedoch bei den durchschlagskräftigen Spezialgewerkschaften, die in den vergangenen Jahren auf dem Verkehrs- und Gesundheitssektor auf den Plan getreten sind. Bereits die Monopolkommission hat in ihrem letzten Hauptgutachten darauf hingewiesen, dass diese Sparten Gewerkschaften in der Lage sind, ihre Verhandlungsmacht auszunutzen. Sie agieren nämlich in Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, die durch unvollständigen Wettbewerb auf dem Produktmarkt gekennzeichnet sind. Deshalb wird nicht nur ein Gutteil der – hohen – Streikkosten von schutzlosen Dritten getragen. Auch lassen sich Lohnforderungen bei den Arbeitgebern relativ leichter durchsetzen, denn die Kosten des Abschlusses lassen sich wegen der besonderen Produktmärkte gut auf die Kunden oder die Allgemeinheit überwälzen. So wird ein erfolgreicher Überbietungswettbewerb von Sparten Gewerkschaften im Gesundheitswesen letztendlich durch höhere Krankenkassenbeiträge der Versichertengemeinschaft oder durch die öffentlichen Haushalte finanziert.

Alternative Maßnahmen zur Regulierung

Somit gibt es einen Regulierungsbedarf, wo kleine gewerkschaftliche Organisationen über eine für ihre Größe unverhältnismäßige Verhandlungsmacht verfügen. Da Tarifautonomie ein hohes Gut ist, sollte man bei ihrer Regulierung allerdings sehr behutsam vorgehen. Eine gesetzliche Norm, nach der Tarifverträge spezieller Gewerkschaften ersetzt werden durch Tarifverträge, die eine Mehrheit der Betriebsbelegschaft repräsentieren, wäre vermutlich weder grundgesetzkonform noch sachgerecht.

Eine Pflicht zu zeitlich synchronisierten Tarifverhandlungen konkurrierender Gewerkschaften, ein Zwang zu Schlichtungsverfahren vor Aufnahme von Arbeitskämpfen sowie eine institutionalisierte Missbrauchsaufsicht wären geeignete Alternativen, das zarte Pflänzchen Tarifpluralität zu erhalten und zugleich die auf einigen Feldern entstandenen Auswüchse zu beschneiden.

Dr. Holger Bonin, bonin@zew.de

Zweite Konferenz zum Forschungsprogramm SEEK – Umweltschonendes Wachstum

Zum Auftakt der zweiten Konferenz des Forschungsprogramms „Strengthening Efficiency and Competitiveness in the European Knowledge Economies“ (SEEK) am 9. und 10. März 2012 in Mannheim konnte ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz rund 200 internationale Teilnehmer aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft begrüßen.



Franz Untersteller, Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg, eröffnete mit seinem Vortrag die SEEK-Konferenz 2012.

Im Mittelpunkt der zweiten SEEK-Konferenz standen die zentralen Herausforderungen, denen sich die europäischen Volkswirtschaften auf ihrem Weg zu einem umweltschonenden und nachhaltigen Wirtschaftswachstum gegenüber sehen. Eröffnet wurde die Konferenz von Franz Untersteller MdL, Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg. Als Hauptredner des ersten Konferenztags sprach Prof. Dr. Klaus Töpfer, Exekutivdirektor des Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) und ehemaliger Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP). An seinen Vortrag schloss sich eine hochkarätige Podiumsdiskussion an. Dr. Georg Zachmann, Energieexperte vom Forschungsinstitut Bruegel in Brüssel, Prof. Dr. Fritz Vahrenholt, Vorstandsvorsitzender der RWE Innogy GmbH, Dr. Peter Terwiesch, Vorstandsvorsitzender der ABB AG, und Dr. Georg Müller, Vorstandsvorsitzender der

MVV Energie AG, diskutierten darüber, wie es gelingen kann, für ein Wirtschaftswachstum zu sorgen, das Ressourcen und Klima schont und gleichzeitig die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit Europas stärkt.



Klaus Töpfer, Exekutivdirektor des Institute for Advanced Sustainability, argumentierte in seinem Vortrag, umweltfreundliches Handeln müsse immer auch wirtschaftlich sein, sonst finde es keine Akzeptanz.

Franz Untersteller, Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg, plädierte in seiner Eröffnungsrede für ein Wirtschaftswachstum, das einen auskömmlichen Lebensstandard ermöglicht und den Menschen soziale Sicherheit gibt. Gleichzeitig, so der Minister, müsse dieses Wachstum aber Umwelt und Ressourcen schonen. Hierfür gebe es drei Erfolgsfaktoren: Fortschritte auf dem Gebiet der Energie- und Materialeffizienz; die Konzentration der Industrie auf Schlüsseltechnologien; Energieeffizienz durch den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien. Darüber hinaus solle der Energieverbrauch entscheidend gedrosselt werden. Baden-Württemberg strebe an, rund 50 Prozent des Energieverbrauchs des Referenzjahres 2010 bis zum Jahr 2050 einzusparen. Möglichkeiten zum Energiesparen lägen dabei vor allem in der energetischen Gebäudesanierung.

Effizienter produzieren

Gerade Baden-Württembergs Schlüsselbranchen, der Fahrzeug- und Maschinenbau, spürten bereits heute, dass die Ressourcen weltweit knapper würden, sagte Untersteller. Eine Studie der Deutschen Materialeffizienzagentur zeige,

SEEK KONFERENZ

dass die Industrie mindestens 20 Prozent der Materialkosten durch effizientere Produktionsabläufe einsparen könnte. Um effizienter produzieren zu können, bedürfe es insbesondere weiterer Innovationen im Bereich der Umwelttechnologien. Eine im Auftrag seines Ministeriums erstellte Studie zeige, so der Minister, dass die Umwelttechnik auch am Arbeitsmarkt als Wachstumstreiber fungiere. Die Studie rechne vor, dass durch Umwelttechnologien bundesweit rund eine Million neuer Arbeitsplätze bis zum Jahr 2020 entstehen könnten. Baden-Württemberg strebe auch aus diesem Grund die Technologieführerschaft im Bereich der Umwelttechnologien an.

Was haben die Krise der Finanzen, die Krise der Wirtschaft und die Krise der Um-

welt gemeinsam, fragte Klaus Töpfer zu Beginn seines Vortrags. Sie alle seien einem zu kurzfristigen Denken geschuldet, gab er die Antwort. Selbst die globale Umweltpolitik sei vom Paradigma der Kurzfristigkeit geprägt. Die entwickelten Volkswirtschaften hätten längst vergessen, dass sie ihren wirtschaftlichen Wohlstand noch bis vor wenigen Jahrzehnten selbst mit den Methoden geschaffen hätten, die sie heute den aufstrebenden Schwellenländern vorwürfen: Luft- und Wasserverschmutzung, Rodung der Wälder und schonungslose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen. Der Westen könne aufstrebenden Ländern wie China, Indien oder Brasilien deren Credo „let's be rich first and clean up later“ nur schwer vorwerfen. Nichtsdestotrotz müsse sich die

Welt der Herausforderung stellen, Wege des „grünen“ Wirtschaftens zu finden. „Grünes“, also nachhaltiges Wirtschaften, zeichne sich dadurch aus, dass Emissionen nur in geringem Umfang ausgestoßen würden, dass mit Rohstoffen effizient umgegangen würde und dass die gesellschaftliche Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen gewährleistet sei.

Wirtschaftlichkeit stärkt Akzeptanz

Für ihn, so Töpfer, stünden Umweltbewusstsein und Ökonomie nicht im Widerspruch zueinander. Gerade „grüne“ Ideen führten häufig zu wirtschaftlichem Erfolg. Dieser sei wichtig, um die Akzeptanz umweltgerechten Handels zu fördern. So sei zum Beispiel altes Plastik im Haushalt früher einfach nur Müll gewesen. Durch die Einführung des grünen Punkts in Deutschland habe die Politik jedoch die Produzenten und Verbraucher in die Pflicht genommen und den Abfallkreislauf geschlossen. Als Folge davon würden heute in Deutschland die besten Müllsortieranlagen weltweit entwickelt, hergestellt und auch ins Ausland exportiert. Mit Blick auf die Treibhausgasemissionen müsse man sich ebenfalls fragen, ob das alles nur Abfall sei, oder ob auch dieser Kreislauf geschlossen werden könne.

Zwei Milliarden Menschen lebten derzeit ohne Zugang zu geordneter Energieversorgung. Deshalb sei Armut immer auch „Energiearmut“, sagte Töpfer. Vor diesem Hintergrund müsse mit Hochdruck daran geforscht werden, neue Energien zu entwickeln, die die Versorgung gerade dieser Menschen sichern könnten. Die technologisch führenden Volkswirtschaften müssten eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung neuer Energieformen übernehmen, forderte Töpfer. Viele afrikanische Länder stellten die Frage, wann die Solarenergie in Europa endlich soweit ausgereift sei, dass auch Afrika sie bezahlen könne. Die hohe Subventionierung der Solarenergie in Deutschland verhindere jedoch deren Wirtschaftlichkeit und konterkarriere ihren Export in die armen Regionen der Welt, kritisierte Töpfer. Auch hierzulande führe die Subventionierung zu weitreichenden Fehlallokationen. So würden in Deutschland beispielsweise zu wenig Mittel in andere Energieformen in-



Die beiden Hauptredner des ersten Konferenztags, Klaus Töpfer (links) und Franz Untersteller (rechts) mit dem Präsidenten des ZEW, Wolfgang Franz (mitte).



Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion (von links): Fritz Vahrenholt, Georg Zachmann, Andreas Löschel, Georg Müller und Peter Terwiesch.

SEEK KONFERENZ

vestiert, etwa in Gaskraftwerke zur Abfederung von Spitzenlasten.

Ein positives Beispiel gebe Deutschland jedoch mit Blick auf die soziale Komponente „grüner“ Energien. Es sei gelebte Demokratie, dass viele Menschen mittlerweile ein Stück Daseinsvorsorge in die eigene Hand nähmen. Kommunen und einzelne Bürger lebten „grünes“ Wirtschaften, indem sie auf die Erzeugung des eigenen Stroms durch Windräder, Solaranlagen oder auch Biomasse setzten. Grüne Technologien und die damit verbundenen Innovationen hätten das Potenzial, einen Paradigmenwechsel einzuläuten und neues Wachstum zu ermöglichen, zeigte sich Töpfer optimistisch.

Innovieren und investieren

Im Rahmen der Podiumsdiskussion skizzierte Georg Müller, Vorstandsvorsitzender der MVV Energie AG, die Entwicklung der Energieversorgung über die letzten 150 Jahre. Ende des 19. Jahrhunderts sei die Energieversorgung noch dezentral in Kleinsteinheiten organisiert gewesen. Im Laufe des 20. Jahrhunderts bildeten sich aus Effizienzgründen zentrale Strukturen aus, die auch heute noch weitgehend Bestand hätten. Gewichtige Gründe wie die Endlichkeit der fossilen Energieträger, die Abhängigkeit von Ressourcen und der Ausstieg aus der Kernenergie würden nun zu Beginn des 21. Jahrhunderts wieder zur Ausbildung dezentraler Energieversorgungsstrukturen führen. Damit dieser Umbau gelinge, brauche es Innovations- und Investitionsanstrengungen.

Mit der Energiewende habe Deutschland die Messlatte sehr hoch gelegt. Nun müsse alles getan werden, um diese Hürde tatsächlich zu überspringen, sagte Peter Terwiesch, Vorstandsvorsitzender der ABB AG. Aus technologischer Sicht könne Deutschland diesen Sprung durchaus schaffen. Da die Energiewende viele verschiedene Branchen betreffe, sei eine interdisziplinäre Zusammenarbeit von Forschung und Unternehmen notwendig. Technologien seien allerdings sehr kurzlebig geworden. Investitionen in neue Technologien benötigten jedoch eine gewisse Amortisationszeit, sonst lohnten sie sich nicht und unterblieben, gab Terwiesch zu bedenken.

Georg Zachmann erklärte, Klimaschutz sei per se wachstumsfreundlich. Verschiedene Modelle zeigten, dass die Folgekosten des Klimawandels die Emissionsvermeidungskosten weit überstiegen. Klimapolitik sei darüber hinaus in der Lage, existierende Wachstumshemmnisse ab-



Die Gäste des ersten Konferenztages brachten sich immer wieder mit kritischen Wortbeiträgen ein.

zubauen. So habe die öffentliche Förderung grüner Technologien das Potenzial, beispielsweise zyklischer Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, private Unterinvestitionen zu kompensieren und technologische Pfadabhängigkeiten zu überwinden. Allerdings könne „grüne“ Technologieförderung auch neue Wachstumshemmnisse schaffen, etwa durch die Verlagerung von Investitionen und Arbeitsplätzen aus Bereichen hoher Wertschöpfung in geförderte Bereiche mit geringerer Wertschöpfung. Um die europäische Klimapolitik langfristig erfolgreich zu gestalten, müsse sich der Emissionshandel weiterentwickeln. Er müsse „breiter“, „länger“ und „tiefer“ werden, also weitere Länder einbinden, einen größeren Zeithorizont abdecken und für zusätzliche Sektoren verbindlich werden, forderte Zachmann.

Fritz Vahrenholt, Vorstandsvorsitzender der RWE Innogy GmbH, beschrieb die deutsche Politik als getrieben von der Angst vor dem Klimawandel. Sie habe die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft weitgehend aus den Augen verloren. Obwohl 75 Prozent des Energieverbrauchs in Deutschland von der Industrie nachgefragt werde, werde in Deutschland Energiepolitik für Einpersonenhaushalte

betrieben. Deutschland werde die Energiewende im Alleingang nicht bewältigen können, sagte Vahrenholt. Europa müsse mitziehen, ansonsten drohe bei der Stromversorgung die Abhängigkeit von ausländischen Importen verbunden mit steigenden Strompreisen.

Zum Abschluss des ersten Konferenztages fand ein festliches Abendessen im privaten Kutschenmuseum von Heinz Scheidel, Geschäftsführer der Diringer & Scheidel GmbH & Co. Beteiligungs KG, in Mannheim statt.

Das Energy Paradox

Der zweite Konferenztage war der Wissenschaft vorbehalten. In 36 wissenschaftlichen Vorträgen und zwei Grundsatzreferaten der renommierten Wissenschaftler Prof. Robert N. Stavins, Ph.D. (Harvard Universität) und Prof. Richard G. Newell, Ph.D. (Duke Universität) wurden die verschiedenen Herausforderungen umweltschonenden Wachstums herausgearbeitet.

Robert N. Stavins thematisierte in seinem Vortrag das „Energy Paradox“. Dieses sei dadurch gekennzeichnet, dass Technologien, die zu einer höheren Energieeffizienz führten und die gleichzeitig für ihre Anwender rentabel wären, dennoch nicht eingeführt würden. Erklärungen für das Paradox liefere etwa die Theorie der asymmetrischen Information. Als Beispiel führte Stavins private Bauherren an. Sie verfügten beim Bau ihres Eigen-

SEEK KONFERENZ

heims häufig nicht über die relevanten Informationen im Bereich der Wärmedämmung, weshalb diese ineffizient umgesetzt würde. Darüber hinaus verhindern die Prinzipal-Agenten-Problematik Fortschritte im Bereich der Energieeffizienz. So hätten beispielsweise Vermieter grundsätzlich wenig Anreiz zur energetischen Gebäudesanierung, schließlich komme der Mieter für die Heizkosten auf.

dards dazu führen, dass ineffiziente Technologien vom Markt verschwinden. Subventionen, mit deren Hilfe „grüne“ Technologien am Markt etabliert werden sollten, sehe er dagegen kritisch, sagte Stavins. Dadurch könnten ungewollt Anreize zum Verbrauch von noch mehr Energie gesetzt werden. Man spreche dann vom Rebound-Effekt. Dieser trete beispielsweise ein, wenn effiziente Motoren nur

ten von Umweltschäden bepreist würden. Hierfür sei der europäische Emissionshandels beispielhaft. An ihm sollten sich andere Länder, auch die Vereinigten Staaten, orientieren.

Innovationen im Energiesektor

Weltweit würden täglich fast 90 Millionen Tonnen Erdöl und 20 Millionen Tonnen Kohle verbraucht, sagte Richard G. Newell zum Auftakt seines Vortrags. Wie man mittlerweile wisse, führe das zum Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen, die die Erwärmung der Erde begünstigten. An Innovationen im Energiebereich werde deshalb die Anforderung gestellt, als zunehmenden Ersatz für fossile Energieträger alternative Formen der Energieerzeugung hervorzubringen, die sowohl bezahlbar als auch effizient sein müssten. Steigende Preise für konventionell erzeugte Energie sowie Abhängigkeiten von Rohstoffimporten erhöhten ebenfalls den Innovationsdruck im Energiesektor. Ein gutes Beispiel für diese Entwicklung seien die Vereinigten Staaten, sagte Newell. Steigende Erdgaspreise und die Abhängigkeit von Erdgasimporten hätten dort einer neuen Gasförder-technik zum Durchbruch verholfen, dem sogenannten Fracking. Hierbei würden Chemikalien unter Hochdruck ins Gestein gepresst, um so Erdgasvorkommen in extremer Tiefe aus dem Stein zu lösen. Während die Vereinigten Staaten im Jahr 2006 nur etwa ein Prozent ihres Erdgasbedarfs mit dieser Technik förderten, seien es heutzutage bereits 30 Prozent. Auf diese Weise sei es gelungen, die Abhängigkeit von Erdgasimporten zu verringern. Ferner sei der Preis für Erdgas in den Vereinigten Staaten zurückgegangen und der Anteil der Kohle an der Energieerzeugung sei zugunsten von emissionsärmerem Erdgas gesunken.

In jüngster Vergangenheit habe es enorme Verbesserungen in Sachen Energieeffizienz und alternativer Energieerzeugung gegeben, sagte Newell. Dies stimme ihn für die Zukunft optimistisch. Ein dynamischer Wettbewerb, eine gesunde Privatwirtschaft und eine robuste Nachfrage, würden Innovationen im Energiesektor weiter vorantreiben.

Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de



Robert N. Stavins von der Harvard Universität erläuterte, warum sich energieeffiziente Technologien trotz ihrer Wirtschaftlichkeit häufig nicht am Markt durchsetzen.



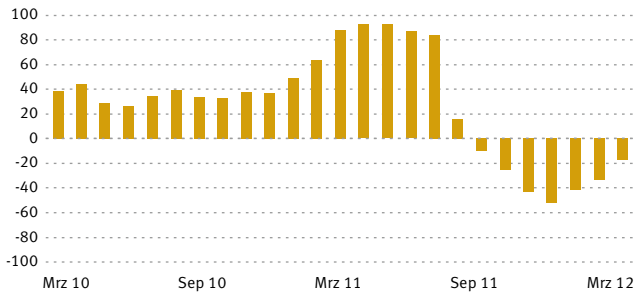
Richard G. Newell von der Duke Universität diskutierte die Bedingungen für Innovationen im Energiesektor mit besonderem Augenmerk auf den Vereinigten Staaten.

Auch Marktversagen führe zum Energy Paradox, etwa dadurch, dass die Kosten von Treibhausgasemissionen externalisiert würden. Aus diesen Erkenntnissen müsse die Wissenschaft Empfehlungen für die Politik ableiten, sagt Stavins. So könnte die Einführung von Effizienzstan-

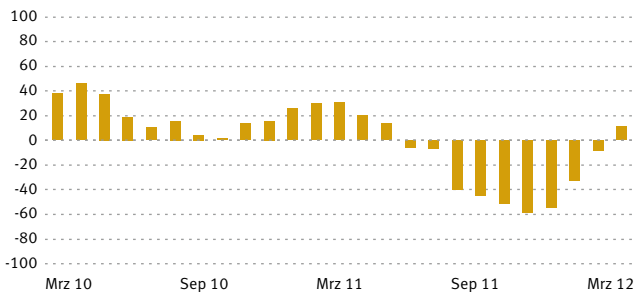
noch wenig Kraftstoff verbrauchten, die Ersparnis aber dem Fahrer einen rasanten Fahrstil ermögliche, durch den unter Umständen noch mehr Benzin verbraucht werde als zuvor. Das Problem der Externalisierung von Umweltschäden könne dadurch behoben werden, dass die Kos-

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im März 2012



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunkturerwartungen im Euroraum. Quelle: ZEW

EZB: Inflation weiterhin über der Zielmarke

Die Inflationsrate von 2,3 Prozent in Deutschland und 2,7 Prozent in der Eurozone setzt sich derzeit hartnäckig über der Zielmarke der Europäischen Zentralbank (EZB) von zwei Prozent fest. Dass sich daran vermutlich wenig ändern wird, zeigt der ZEW Finanzmarkttest: Nur noch 31 Prozent der Befragten rechnen mit einem Rückgang der Inflationsrate auf Halbjahressicht. Das schränkt die Spielräume für weiterreichende Zinssenkungen ein. 68,6 Prozent der Befragten gehen von gleichbleibenden Zinsen in der Eurozone auf Sicht von sechs Monaten aus.

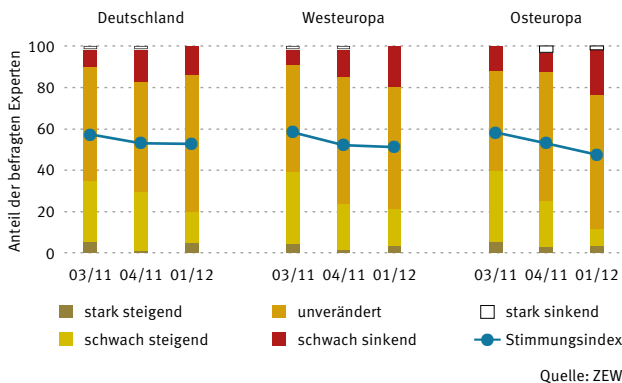
Christian David Dick, dick@zew.de

Eurozone: Erwartungen hellen sich auf

Die gute Nachricht vorweg: Die Konjunkturerwartungen für die Eurozone sind im März um 19,1 Punkte auf 11,0 Punkte gestiegen. Die schlechte Nachricht: Der Lageindikator für die gesamte Eurozone verharrt mit minus 48,4 Punkten auf einem niedrigen Niveau. Da beide Indikatoren auch Deutschland beinhalten, für das besonders die Lage (und in geringerem Maße auch die Erwartungen) positiver eingeschätzt werden, stellt sich die Situation in anderen Eurostaaten dementsprechend deutlich schlechter dar. Dies birgt auch Risiken für die deutsche Volkswirtschaft.

Christian David Dick, dick@zew.de

Transportaufkommen im Schienengüterverkehr stagniert

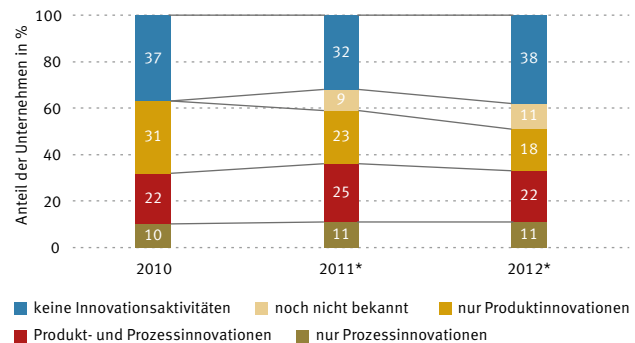


Quelle: ZEW

Das Aufkommen im Schienengüterverkehr wird im kommenden halben Jahr stabil bleiben. Zu dieser Einschätzung kommt eine deutliche Mehrheit der von ProgTrans/ZEW befragten Experten. Vermehrt wird jedoch mit rückläufigen Tendenzen gerechnet. Bei den grenzüberschreitenden Verkehren geht bereits jeder Fünfte von einem schwachen Rückgang aus. Insgesamt werden die Perspektiven so schwach eingeschätzt wie seit zwei Jahren nicht mehr. Auch die Verkehrsstatistik signalisiert seit Mitte des Jahres 2011 ein deutlich schwächeres Wachstum als im Jahr 2010 und im ersten Halbjahr 2011.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

Mehr Prozessinnovationen in der Gummi- und Kunststoffverarbeitung



* Planzahlen Frühjahr/Sommer 2010

Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die Unternehmen der deutschen Gummi- und Kunststoffverarbeitung setzten 2011 verstärkt auf Prozessinnovationen. Der Anteil der Unternehmen, die Mitte des Jahres fest mit der Einführung neuer Verfahren rechneten, lag mit 36 Prozent vier Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. Der Anteil der Produktinnovatoren ging dagegen von 53 auf 48 Prozent zurück. Für 2012 planten 33 Prozent der Unternehmen mit Prozess- und 40 Prozent mit Produktinnovationen. Die verstärkte Prozessinnovationstätigkeit 2011 könnte mit dem zunehmenden Preisdruck aufgrund höherer Rohstoffpreise zusammenhängen.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de



Geschnatter

Das Soziale ist für die meisten Menschen mit einem Wohlgefühl, zumindest mit einer positiven Konnotation versehen. Deshalb schmücken sich zahlreiche Institutionen mit diesem Adjektiv, angefangen von der Sozialen Marktwirtschaft bis hin zu den Sozial-

partnern. Bei den „sozialen“ Netzwerken Facebook, Google+ und Twitter will sich jedoch ein solches Wohlgefühl nicht mehr so recht einstellen, vielmehr läuft es selbst eifrigen Befürwortern seit kurzem eiskalt den Rücken runter. Solche Netzwerke sind keine Sozialeinrichtung, sondern kommerzielle, gewinnorientierte Vermarkter von Nutzerdaten zu vielfältigen Zwecken. Es mutet schon hanebüchen an, wie viele nicht nur junge Nutzer allen Ernstes glauben, die Betreiber der Netzwerke seien uneigennützig Helfer der Menschheit. Das wäre hinnehmbar, gäben nicht neueste Entwicklungen Anlass zur Sorge.

Den Reigen eröffnete Google mit einer neuen Datenschutzrichtlinie ab März dieses Jahres. Bereits vorher machte Google die Angabe eines Realnamens zur Voraussetzung, um seinen frisch eingeführten Datendienst Google+ nutzen zu können. Die neue Datenschutzrichtlinie verknüpft nun unterschiedliche Google-Dienste wie etwa Google-Suche, Google-Mail, Picasa Fotospeicherung, Chat-Daten, Nutzungsdetails der Android-Smartphones und die Kommunikation bei Google+. Den gesamten Telefonverkehr der betreffenden Nutzer darf Google nunmehr speichern, also wer mit wem, wann und wo telefoniert oder SMS getauscht hat. Während sich hierzulande Politiker heftige Kontroversen über die Möglichkeiten und Grenzen einer „Vorratsdatenspeicherung“ liefern, ist dieses Thema bei Google längst abgehakt, von der vielgepriesenen „informellen Selbstbestimmung“ erst gar nicht zu reden, denn „was Google im Hintergrund macht, macht es im Geheimen“ (Datenschutzbeauftragter Th. Weichert).

Bei Facebook erklärt sich der Nutzer darüber hinaus mit der Weiterleitung all dieser Informationen in die Vereinigten Staaten einverstanden, einschließlich einer dortigen „Weiterverarbeitung“, was immer das im Einzelnen heißen mag. Zwar kann bei Facebook die Kommunikation auf den „Freundeskreis“ beschränkt werden, aber Facebook kennt und speichert sie. Wer

bei Twitter zwitschert, sollte wissen, dass Presseberichten zufolge das britische Unternehmen DataSift den Zugriff auf das gesamte Twitter-Archiv seit Januar 2010 vermarkten darf und zudem anbietet, Twitter-Daten mit Informationen aus Google+ und Facebook zu verknüpfen (C. Kurz, FAZ vom 2.3.2012). Ein Entkommen aus diesen Netzwerken gestaltet sich häufig als sehr schwierig, weil es kein „woanders“ gibt, wenn die Freunde bei Facebook sind, und die Markteintrittshürden bei solchen Oligopolen bekanntlich hoch sind.

Es geht wirklich nicht darum, Facebook, Google und Twitter zu verteufeln. Dafür leisten sie viel zu gute Dienste. Aber den Nutzern muss bewusst sein oder klar gemacht werden, auf was sie sich einlassen. Gegen profilgerechte Werbung ist prinzipiell nichts einzuwenden und sie mag vielen Nutzern egal oder sogar willkommen sein. Sie sollten jedoch wissen, dass Google die Werbebotschaften danach platziert, wie viel das werbende Unternehmen dafür bezahlt hat, wie das auch sonst der Fall ist. Man muss in diesem Zusammenhang nicht gleich von einer „Entmündigung“ dieser Menschen sprechen, aber sicherlich gibt es Nutzer, die es eigentlich ablehnen, dass Google ihre Präferenzen genau kennt und die stattdessen lieber ein paar Suchbegriffe mehr eintippen, um die gewünschten Informationen zu erhalten. Nutzern von Facebook sollte bekannt sein, dass die Personalabteilungen von Unternehmen, bei denen sie sich um einen Arbeitsplatz beworben haben, nicht selten die Facebook-Eintragung studieren, um die Informationen zu bekommen, die sie beim Bewerbungsgespräch nicht erfragen dürfen oder die ihnen verschwiegen werden. Die Polizei liest möglicherweise ebenfalls mit und kann in diesem Zusammenhang nach eigenen Angaben beachtliche Fahndungserfolge vermelden, die sie sonst nicht erzielt hätte. Der Erfolg als solcher geht völlig in Ordnung, aber wie sieht es mit möglichen Kollateralschäden bei Unbeteiligten aus?

Also gerne weiterhin googeln, aber vielleicht das Webprotokoll deaktivieren.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 103443, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Gröttmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail gruettmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2012